

PRESSEMITTEILUNG

LANDESVERBAND DER LIBERALEN HOCHSCHULGRUPPEN HESSENS UND DIE ORTSGRUPPE GIEßEN

FORSCHUNGSMÖGLICHKEITEN ERWEITERN, STATT EINSCHRÄNKEN!

Gießén - 13.04.23

Am vergangenen Donnerstag, dem 13.04.2022, stellte der Sozialistische Demokratische Studentenbund (kurz: SDS) einen Antrag im Studentenparlament, der vorsieht, dass sich die Universität einer Zivilklausel unterziehen müsse. Zivilklauseln sehen vor, dass Forschungen ausschließlich zivilen Zwecken dienen sollen und schließen jegliche Kooperation mit dem Militär aus. Mit der stumpfen Parole, dass militärische Forschung zwangsläufig Forschung am Töten sei, gehen Linksaußen-Ableger der hochschulpolitischen Landschaft schon seit Langem hausieren.

Genau das ist aber nicht der Fall, erklären die Liberalen Hochschulgruppen Hessen und die Ortsgruppe Gießén.

„Militärische Forschungen und Finanzmittel haben für uns nicht weg zu denkende Innovationen hervorgebracht - sei es das Internet oder der Mobilfunk - sie nur auf Waffentechnologie herabzustufen, greift massiv zu kurz!“, beginnt Lea Kern, LHG-Fraktionsvorsitzende im Studentenparlament Gießén, ihr Plädoyer gegen die Zivilklausel und ergänzt: „Das Militär finanziert heutzutage nicht nur Forschungen im Bereich der Mobilität oder zum Personenschutz, vermehrt werden auch geisteswissenschaftliche Forschungen, etwa in der Soziologie oder Politikwissenschaft, finanziert. Sämtlichen Forschungen pauschal ihre Legitimation abzusprechen, entbehrt jedem Verständnis.“

In eine ähnliche Kerbe schlägt Jan-Lukas Gescher, Landesvorsitzender der LHG Hessen: „Es ist aberwitzig zu glauben, an einer Universität, die sich zuletzt vor allem durch Probleme der IT-Infrastruktur und dem Datenschutz ausgezeichnet hat, würde in Zukunft hochsensible Forschungen an neuen Waffentechnologien durchgeführt. Wie auch schon in Marburg wird aus falsch verstandenen Pazifismus, überbordender Ideologie und Realitätsferne die Forschungsfreiheit begrenzt und ihre Finanzierung in Frage gestellt.“ Schon jetzt haben Universitäten ein Problem, flächendeckend hochwertige Forschungen zu finanzieren. Jeder potentielle Geldgeber, auf den man in Zukunft nicht zugreifen kann, ist ein herber Verlust für die Forschungen vor Ort. Neben der sinkenden Attraktivität für Wissenschaftler bewirkt eine Zivilklausel auch eine Einschränkung der Forschungsfreiheit, wenn beispielsweise keine Forschungen an klimaneutralen Motoren betrieben werden können, weil diese auch für militärische Zwecke genutzt werden könnten. Gerade in Anbetracht des menschenverachtenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine, halten die

Liberalen Hochschulgruppen es für den falschen Zeitpunkt und das falsche Signal, dass die Zivilklausel durch die Mehrheit aus UniGrün und SDS im Studentenparlament beschlossen wurde.